Sitzungsvorlage Stadtrat öffentlich

am 24.09.2014

Vorlagen-Nr.: IV/039/2014

Berichterstatter: Herr Günter Pomp

Betreff: Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus";
Finanzierung Instandsetzung der Stadt- und Zwingermauern in
Dinkelsbühl

Sachverhaltsdarstellung:

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BBSR) hat Mitte August einen Projektaufruf für das neue Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus (Programmvolumen 50 Millionen Euro) gestartet. Projekte im Rahmen des Förderprogramms müssen von Kommunen mitfinanziert werden, wobei der Eigenanteil grundsätzlich ein Drittel der förderfähigen Projektkosten beträgt. Bis zum 22.09.14 sind Kommunen, die über geeignete Projekte verfügen, aufgerufen, dem BBSR Projektvorschläge zu unterbreiten.

Nach Einschätzung der Verwaltung wäre die geplante Instandsetzung der Befestigungsanlage (Stadt- und Zwingermauern) der Stadt Dinkelsbühl ein geeignetes Projekt das im Rahmen des neuen Bundesprogramms gefördert werden könnte.

Durch Vorarbeiten des Büros Konopatzki & Edelhäuser liegen Schadensbeschreibungen und Kostenprognosen vor, die als Grundlage für den zu stellenden Förderantrag dienen können. Hiernach ist mit folgenden Kosten zu rechnen, die abschnittsweise in den Jahren 2015 – 2018 umgesetzt werden sollen:

Jahr	Kosten	Zuweisung Bundesprogramm	Eigenmittel Stadt
2015	514.000 €	343.000 €	171.000 €
2016	305.000 €	203.000 €	102.000 €
2017	438.000 €	292.000 €	146.000 €
2018	<u>510.000 €</u>	<u>340.000 €</u>	<u>170.000 €</u>
	1.767.000 €	1.178.000 €	589.000 €

Über den Projektantrag wird das BBSR bis November 2014 entscheiden, anschließend können die Zuwendungsanträge bzw. Anträge auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt werden. Die Förderbescheide sollen dann durch das BBSR im Dezember 2014 erlassen werden.

Für den Projektantrag ist u. a. ein entsprechender Stadtratsbeschluss erforderlich. Planungsdetails werden in der Stadtratssitzung vorgestellt und erläutert.

Vorschlag zum Beschluss:

Mit dem Projektantrag zur Aufnahme in das Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus sowie der vorgetragenen, möglichen Finanzierung der Gesamtmaßnahme, besteht Einverständnis. Bei entsprechender Berücksichtigung des Vorhabens sind die erforderlichen Haushaltsmittel in den jeweiligen Jahren einzuplanen.